



Juso-Hochschulgruppe
Liberales Hochschulgruppe
Ring Christlich-Demokratischer Studenten

Koalitionsvertrag

für die 69. Sitzungsperiode des Studierendenparlamentes der
Johannes Gutenberg-Universität Mainz 2018/19



Präambel

Im Bewusstsein der Verantwortung vor unseren Kommilitoninnen und Kommilitonen haben sich die koalitionstragenden Gruppen – die Juso-Hochschulgruppe, der Ring Christlich-Demokratischer Studenten und die Liberale Hochschulgruppe – hierfür auf den vorliegenden Koalitionsvertrag geeinigt.

Allgemeiner Teil

Alle Referentinnen und Referenten des AStA sind dazu angehalten, ihrer Arbeit im Arbeitsbereich nachzukommen. Dazu zählt auch die Anwesenheit an den AStA-Plena sowie an den Sitzungen des Studierendenparlaments, sofern eine Allgemeine Fragestunde des AStA terminiert ist und die Teilnahme an den Vollversammlungen. Auch ist die regelmäßige Mithilfe an Großveranstaltungen des AStA obligatorisch. Sollte eine Referentin oder ein Referent diesen Verpflichtungen nicht nachkommen, wird der Vorstand sich mit dem entsprechenden Hochschulgruppenvorstand in Verbindung setzen.

Vorstand

Der Vorstand vertritt den gesamten AStA nach innen und außen, wirkt nach innen koordinierend und stellt eine gute Arbeitsatmosphäre sowohl zwischen den einzelnen Arbeitsbereichen und Referaten, als auch zwischen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des AStA sicher. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden als wichtiger Bestandteil des AStA wertgeschätzt. Der Vorstand unterstützt den Arbeitsbereich Großveranstaltungen und die Eventagentur bei der Durchführung des AStA Sommerfests. Er evaluiert die Verträge des AStA und setzt die Verhandlungen mit Campus Mainz e.V. fort. Des weiteren widmet er sich der Hochschulgruppenordnung. Hierzu soll eine Informationskampagne zur Gründung studentischer Initiativen ins Leben gerufen werden. Der Vorstand unterstützt die Arbeitsbereiche und Referate des AStA.





Finanzen

Neben dem Tagesgeschäft wird der Arbeitsbereich Finanzen zeitnah einen Entwurf eines Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2019 vorlegen. Damit Rücklagen den Studierenden zugutekommen, sollen diese nachhaltig ausgegeben werden und - wo dies nicht möglich oder nicht zweckmäßig ist - sinnvoll angelegt werden. Im Sinne eines nachhaltigen Wirtschaftens werden wir bisherige negative Erfahrungen mit Geschäftspartnerinnen und Geschäftspartnern evaluieren und zum Wissenserhalt intern verschriftlicht erhalten. Es sollen Konzepte ausgearbeitet werden, die eine Negativverzinsung verringern können.

Hochschulpolitik

Innere Hochschulpolitik

1.1 Interne Zusammenarbeit im AB sowie mit Senat, FBR, FSR, AStA Germersheim

Der Arbeitsbereich für Hochschulpolitik bearbeitet ein weites Feld an Themen, die oft von grundsätzlicher Bedeutung für die lokale und teilweise überregionale Hochschulpolitik sind. Die Fülle der Aufgaben kann nur in vertrauensvoller Arbeitsteilung effektiv bewältigt werden.

Der Arbeitsbereich für Hochschulpolitik bemüht sich um eine enge Zusammenarbeit mit den studentischen Mitgliedern der akademischen Selbstverwaltung sowie mit den Fachschaften. Hierfür wird der »Runde Tisch Hochschulpolitik« fortgesetzt, der sich grundsätzlich an alle hochschulpolitischen Akteurinnen und Akteure richtet, insbesondere aber dem Austausch von AStA und studentischen Senatsmitgliedern dient.

Die Koalition hat großen Respekt vor der ehrenamtlichen Arbeit der Kommilitoninnen und Kommilitonen in Fachschaftsräten, Fachbereichsräten, Institutskollegien und anderen Gremien auf Fach- oder Fachbereichsebene und ist sich bewusst, dass effektive Hochschulpolitik nur im engen Austausch der verschiedenen Ebenen möglich ist. Um diese Zusammenarbeit endlich zu systematisieren und zu intensivieren, wird der Arbeitsbereich für Hochschulpolitik sich jeden Monat zu einem Fachbereich begeben, um sich





mit den zugehörigen Fachschaftsräten sowie den studentischen Mitgliedern des jeweiligen Fachbereichsrats über die Situation in ihrem Fachbereich auszutauschen, Probleme zu identifizieren und gemeinsam Lösungen zu entwickeln.

Mit dem AStA am FTSK Germersheim soll ebenfalls ein mindestens einmal jährliches Treffen außerhalb des Rahmens der LAK etabliert werden.

1.2 Interne Reformen

Die Koalition bekennt sich dazu, den begonnenen Reformprozess auch in den eigenen Strukturen der Verfassten Studierendenschaft fortzusetzen. Ziel bleibt weiterhin, transparente demokratische Prozesse sicherzustellen, landesrechtliche Vorgaben umzusetzen, die Wahlbeteiligung insbesondere zu den autonomen Referaten zu erhöhen und das Wahlprozedere zu modernisieren.

| Monat | Fachbereich |
|----------------|--|
| Juli 2018 | 07 (Geschichts- und Kulturwissenschaften) |
| August 2018 | 08 (Physik, Mathematik und Informatik) |
| September 2018 | 09 (Chemie, Pharmazie und Geowissenschaften) |
| Oktober 2018 | 10 (Biologie) |
| November 2018 | 11 (Hochschule für Musik) |
| Dezember 2018 | 12 (Kunsthochschule) |
| Januar 2019 | 01 (Katholische und Evangelische Theologie) |
| Februar 2019 | 02 (Sozialwissenschaften, Medien und Sport) |
| März 2019 | 03 (Rechts- und Wirtschaftswissenschaften) |
| April 2019 | 04 (Universitätsmedizin) |
| Mai 2019 | 05 (Philosophie und Philologie) |
| Juni 2019 | 06 (AStA FTSK Germersheim) |





1.3 Systemakkreditierung

Der Arbeitsbereich für Hochschulpolitik wird weiterhin den Prozess der Re-Systemakkreditierung der Universität eng begleiten. Diese stellt eine sehr seltene Gelegenheit dar, Einfluss auf zentrale Punkte der Qualitätssicherung und -entwicklung von Studium und Lehre zu nehmen und darauf hinzuwirken, die Studiensituation in allen Fächern langfristig zu verbessern. Hierfür wird sowohl die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Qualitätssicherung fortgesetzt, als auch weiterhin eine klare Haltung im Sinne der Studierenden eingenommen, die Probleme konkret benennt und Lösungsansätze aufzeigt.

Die Koalition bekräftigt die Forderungen, die der von ihr getragene AStA in der vergangenen Amtsperiode im Rahmen der studentischen Stellungnahme zur Re-Systemakkreditierung erhoben hat.

1.4 Rechte der Studierenden

Unbeschadet der grundsätzlichen Einsicht, dass die Rechtsstellung der Studierenden im gegenwärtigen Hochschulsystem unzureichend ist, stellen wir fest, dass die Verwaltungspraxis der Universität oftmals noch hinter die bestehende Rechtslage zurückfällt. Der Arbeitsbereich für Hochschulpolitik setzt sich daher nicht nur für rechtliche Reformen ein, sondern insbesondere auch dafür, dass die Studierenden über ihre bestehenden Rechte aufgeklärt werden und diese auch – wo nötig – gegen die Universität durchgesetzt werden.

Der Arbeitsbereich für Hochschulpolitik wird daher zusammen mit dem Arbeitsbereich für Presse und Öffentlichkeit ein Konzept entwickeln, die Studierenden stärker als bisher über ihre Rechte zu informieren. Ebenfalls in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsbereich für Presse und Öffentlichkeitsarbeit soll das erfolgreiche Konzept des Missstandsmelders von unzulässigen Anwesenheitskontrollen ausgeweitet werden auf weitere wichtige Problemstellungen, für die ein solches Meldesystem geeignet ist.

Auch abseits prüfungsrechtlicher Fragestellungen soll dem Problem sexistischer Diskriminierung und sexueller Belästigung von Studentinnen dabei in Zusammenarbeit mit dem autonomen Frauenreferat besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.





In Zusammenarbeit mit dem Autonomen Referat für Eltern soll die Umsetzung der Neuregelungen des novellierten MuSchG im Hinblick auf Studentinnen konstruktiv-kritisch begleitet werden.

Die Koalition wird sich in dieser Amtsperiode außerdem offensiv der strukturellen Missstände zulasten der Studierenden im Bereich des Kindertagesstättenwesens auf dem Campus widmen. Hierfür ist ein koordiniertes Vorgehen mit dem Arbeitsbereich für Rechtsangelegenheiten, dem Arbeitsbereich für die Belange des Studierendenwerks, dem Autonomen Referat für Eltern, sowie den studentischen Mitgliedern des Verwaltungsrats des Studierendenwerks notwendig.

1.5 Studentische Arbeitspolitik

Die Koalition tritt insbesondere auch für die Interessen der werktätigen Studentinnen und Studenten ein. In diesem Zusammenhang fordern wir weiterhin einen Abbau von Anwesenheitspflichten. Der Arbeitsbereich für Hochschulpolitik wird sich mit der Situation wissenschaftlicher Hilfskräfte befassen und bemüht sich um eine Reaktivierung des AK HiWis. Im Laufe dieser Amtsperiode soll nach Rücksprache mit Gewerkschaften, Fachschaftsräten und dem Zentrum für Qualitätssicherung eine Position zum Thema »Lehrprofessuren« erarbeitet und in die LAK eingebracht werden. Das Lohnniveau der eigenen Aushilfskräfte der Verfassten Studierendenschaft soll ebenfalls angehoben werden.

Äußere Hochschulpolitik:

II.1 Zusammenarbeit mit anderen Studierendenschaften

Die Anzahl der studentischen Dachverbände, in denen die Verfasste Studierendenschaft Mitglied ist, soll sich während der Zeit des 69. Studierendenparlaments nicht verringern. Wir streben an, die LAK strukturell weiterzuentwickeln und werden uns inhaltlich und personell in sie einbringen.

Wir unterstützen eine engere Verzahnung der »Rhein-Main-Universitäten« und wollen diese nach unseren Möglichkeiten betreiben. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem AStA der Hochschule Mainz soll weiter gepflegt werden. Nach Möglichkeit soll auch die Kooperation mit den ASten und





studentischen Senatsmitgliedern der TU Darmstadt und der Universität Frankfurt verstetigt und intensiviert werden.

II.2 Einwirken auf hochschulrechtliche Gesetzgebung

Im Rahmen der LAK sowie eigenständig als AStA der Universität Mainz werden wir unsere Möglichkeiten wahrnehmen, Einfluss im Sinne studentischer Interessen auf die anstehende Novellierung des Landeshochschulgesetzes zu nehmen. Auch die Exzellenzinitiative wollen wir konstruktiv-kritisch begleiten. In weitere Gesetzesvorhaben auf Bundes- wie Landesebene werden wir uns ggf. einbringen, soweit sie für die Interessen der Studierenden von Belang sind.

Dabei nutzen wir auch den Austausch mit anderen relevanten Institutionen und Akteurinnen wie dem Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur und dem Wissenschaftsausschuss des Landtags. Der Arbeitsbereich setzt sich insbesondere mit der unzureichenden Finanzierung der Hochschulen auseinander.

Die aus der Auseinandersetzung mit der Umsetzung des neugeregelten MuSchG durch die Universität vor Ort gewonnenen Erkenntnisse sollen dem Ausschuss für Mutterschutz beim BMFSFJ über dessen studentisches Mitglied rückgekoppelt werden, um die Operationalisierung im Sinne der Studentinnen zu unterstützen.

II.3 Landesweites Semesterticket

Wir verhandeln ein landesweites Semesterticket.

Politische Bildung

Der Arbeitsbereich für politische Bildung soll im Verlaufe seiner Amtszeit ein breites und abwechslungsreiches politische Bildungsangebot für die Studierenden zur Verfügung stellen. Um dabei weiterhin eine große Reichweite zu gewährleisten und darüber hinaus auch neue Interessierte für politische Themen zu gewinnen, beabsichtigen wir eine verstärkte Zusammenarbeit des Arbeitsbereichs mit jenem für Kultur und gegebenenfalls den Fachschaften. Dies soll dem Zweck dienen, politische Bildungsarbeit und





Aufklärung durch die Verbindung mit Unterhaltung leichter zugänglich und ansprechender zu machen. Hierbei soll darauf geachtet werden, aktuelle Themen und Probleme der Zeit aufzugreifen und zu behandeln. Mit Blick auf die Kommunalwahl 2019 sollen auch kommunalpolitische Themen berücksichtigt werden. Zudem beabsichtigt der Arbeitsbereich, die Veröffentlichung des Readers studentische Verbindungen im Verlaufe des Jahres zum Abschluss zu bringen.

Rechtsangelegenheiten

Es wird angestrebt, von der Regelung des Artikels 38 Absatz 3 der Satzung der Verfassten Studierendenschaft Gebrauch zu machen und einen Arbeitsbereich für Rechtsangelegenheiten einzuführen. Neben der Bearbeitung aktiver Fälle, vor allem Forderungen der Verfassten Studierendenschaft, soll dieser Arbeitsbereich allen Organen der Verfassten Studierendenschaft für deren satzungsrechtliche Fragen zur Verfügung stehen und den AStA bei der Prüfung von Verträgen unterstützen. Zudem soll der Arbeitsbereich für Rechtsangelegenheiten evaluieren, wie der Wissenserhalt im AStA verbessert werden kann, beispielsweise durch einen Aktenplan.

Kultur

Der AStA veranstaltet weiterhin ein umfangreiches und vielfältiges Kulturprogramm; bereits bestehende Formate sollen evaluiert werden. Bei Veranstaltungen soll darauf geachtet werden, dass die Räumlichkeiten möglichst barrierefrei sind. Falls dies nicht der Fall ist, wird auf Eintrittsgeld für Behinderte und eine Begleitperson verzichtet. Der Arbeitsbereich für Kultur organisiert die Semesteröffnungsfeiern und beteiligt sich bei der Planung, Organisation und Durchführung des AStA-Sommerfestes. Das neue Veranstaltungsformat "Crazy Wednesday" soll weiter ausgebaut und konzeptionell verbessert werden. Im Mittelpunkt hierbei sollte Kunst/Kultur von Studierenden für Studierende durch Studierende stehen. Allgemein soll eine engere Zusammenarbeit mit künstlerischen Hochschulgruppen und den einzelnen Fachbereichen angestrebt werden. Zur Verbesserung der Reichweite sollen Facebook und gegebenenfalls





andere Social Media-Plattformen effizienter und publikumswirksamer genutzt werden.

Soziales

Der Arbeitsbereich für Soziales wird weiterhin sein Beratungsangebot fortführen und erweitern. Es soll neben den Rechtsberatungen auch einen Workshop für studentische Steuererklärung organisiert werden. Die Vergabesprechstunden sollen auf eine Online-Sprechstunde ausgeweitet werden. Dies ist insbesondere für Studierende hilfreich, die sich nicht überwinden können in die reguläre Sprechstunde zu kommen. So haben sie die Gelegenheit, sich zu informieren. Weiterhin ist es wichtig, sich mit anderen Sozialreferaten zu vernetzen. Auch eine Kooperation mit der Schuldnerberatung, Students for Work und der Ausländerbehörde soll stattfinden. Der Arbeitsbereich wird eine Studienfinanzierungsmesse veranstalten. Insbesondere möchten wir darauf hinwirken, dass die Ausländerbehörde als Finanzierungsnachweis auch einen Bürgen- oder Arbeitsvertrag zulässt. Bisher wird ausschließlich der Nachweis eines Grundkapitals akzeptiert. Da das Wohnraumproblem weiterhin besteht, möchten wir den Studierenden über die AStA Homepage ein Couchsurfing anbieten. Auf dieser Seite sollen auch die Wohnungsangebote, die bei uns eingehen, komprimiert werden. Sozialpolitisch werden wir tätig, indem wir darauf hinwirken, die Zweitstudiengebühr abzuschaffen. Wir sind aktuell mit Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Sachsen die letzten Bundesländer, die eine solche Gebühr verlangen. Zuletzt soll der Arbeitsbereich für Soziales und dessen Angebot weiterhin umfassend beworben werden.

Ökologie

Der Arbeitsbereich für Ökologie will einen Schwerpunkt auf informative Veranstaltungen legen, die einerseits Debatten über innovative Umwelttechnologien anstoßen, andererseits den Studierenden alltagstaugliches Wissen über Umweltschutz und Nachhaltigkeit vermitteln sollen. Damit sollen wissenschaftliche Erkenntnisse und Lebenspraxis miteinander verbunden werden. Ziel ist es weiterhin, in Absprache mit dem Studierendenwerk, der Müllproduktion schrittweise entgegenzuwirken, indem man unnötige Verpackungen und Pappbecher auf ein Minimum reduziert, indem das Mehrwegbechersystem verbessert und ausgebaut wird.





Der CampusGarten soll dem Anspruch gerecht werden, ein beliebter Treffpunkt und Ort der Naturerfahrung für möglichst viele Studierende zu werden. Dazu werden wir mit der AG CampusGarten eng zusammenarbeiten. Wir werden uns für ein sinnvolles Wasserspender-System einsetzen, um den Plastikflaschenverbrauch an der JGU Mainz zu verringern. Der Arbeitsbereich für Ökologie wird sich in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsbereich für Verkehr über die Anschaffung einer Fahrradreparaturstation informieren.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Der Arbeitsbereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wird eine JoGU-App entwickeln lassen, die einen Veranstaltungskalender des AStA und Informationen zur Hochschulpolitik beinhaltet. Des Weiteren soll in Zusammenarbeit mit dem Studierendenwerk nach Möglichkeit der Essensplan sowie der Kartenaufladestatus eingebunden werden. Zusätzlich soll eine Kooperation mit der Universität angestrebt werden, um Jogustine und das Druckkonto zu implementieren. Langfristig gilt es, möglichst alle Serviceangebote des AStA in die JoGu-App zu integrieren.

Die Homepage des AStA soll überarbeitet werden, um diese ansprechender, informativer und barriereärmer zu gestalten. Zudem soll in enger Zusammenarbeit mit dem Arbeitsbereich für Soziales ein Sozialchat geschaffen werden, der die Hemmschwelle zur Erstberatung senken soll.

Für die Juso-
Hochschulgruppe

Für den Ring Christlich-
Demokratischer Studen-
ten

Für die Liberale
Hochschulgruppe

Außerdem soll ebenfalls in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsbereich für Soziales eine Online-Couchsurfingbörse geschaffen werden, um insbesondere wohnungssuchende Erstsemesterstudierenden in Not zu unterstützen.

Es wird angestrebt, die AStA-Homepage in englischer Sprache anzubieten. Verträge wollen wir in Absprache mit den Vertragspartnerinnen und -partnern der Verfassten Studierendenschaft veröffentlichen und somit eine transparentere Arbeitsweise des AStA gewährleisten.

